

fenbrüder, die Anfang des Jahres auch mit dem Versuch gescheitert waren, ohne polnische Unterstützung die Ukrainer zu einem Volksaufstand zu bewegen.

Daß diese Episode der ukrainischen Geschichte Anlaß zu Kontroversen ist, liegt auf der Hand. Wegen seines Verzichts auf Ostgalizien galt Petljura für viele als Verräter an der Nationalstaatlichkeit. Michael Palij bemüht sich hingegen in diesem Buch, den ukrainischen Staatsmann und seine politischen Manöver zu rechtfertigen. Daß Petljura von der Erkenntnis geleitet gewesen sei, die Bol'seviki stellten die Hauptgefahr für die Ukraine dar, deren Zentrum Kiew für die Staatlichkeit zunächst wichtiger sei als die „periphere“ Westukraine, trifft sicher zu. Diese ausgewogene, dem Westen eher als Rußland gegenüber kompromißbereite, wenngleich letztlich gescheiterte politische Taktik Petljuras hält der Vf. für ein auch heute noch aktuelles Modell. Leider wird in der übrigen Darstellung der politischen Fragen dann nicht mehr diskutiert, sondern plädiert. In der Frage der Verantwortlichkeit für die Pogrome und der Intentionen des Petljura-Attentäters – die man eigentlich in diesem Band durchaus hätte übergehen können – referiert P. ausschließlich die ukrainisch-nationalistischen exkulpierenden Positionen. Hier wie bei einigen faktischen Ungenauigkeiten ist seine Sicht getrübt.

Der eigentliche Wert des Buches tritt an anderer Stelle zutage, dort nämlich, wo sich der Vf. mit dem Gegenspieler oder Partner Pilsudski und seiner Politik beschäftigt. Die seriöse Historiographie in Polen und außerhalb Polens zeichnet von dem Marschall zu meist ein positives Bild. Ob als „Retter Europas vor dem Bolschewismus“, als Begründer der polnischen Unabhängigkeit, als Fortschrittler im Kontrast zu den chauvinistischen und antisemitischen Nationaldemokraten oder als „Föderalist“, der den russisch dominierten Völkern des Ostens als Prometheus die okzidentale Lux bringen wollte, kaum jemals wird seine Politik ernsthaft kritisiert. Auch P. bescheinigt Pilsudski beste Absichten, mußte er doch sonst den sich an ihn anlehenden Petljura kritisieren. Aber das Bild ist schillernd. Wo liest man schon so klar, daß der Führer der polnischen Legionen erst durch seine Inhaftierung 1917 vom Kollaborationsvorwurf befreit und damit für die Zeit nach 1918 – im Unterschied zu den Ukrainern – salonfähig wurde (S. 33)? Die polnisch-nationaldemokratischen Verleumdungen der Ukrainer als Büttel der Mittelmächte erhalten dadurch eine neue Note. Daß der Wortbruch beim Einsatz der Halber-Armee gegen die Ukrainer 1919 für 1920 fatale Folgen hatte, daß die Föderation oder „Allianz“ (S. 62) mit den östlichen nicht-russischen Nachbarvölkern – wie P. meint – (durch den Einfluß der Nationaldemokraten) eher als Imperialismus bezeichnet werden kann und die Animosität gegenüber der UNR als verbündeter Macht eher der Ausdruck traditionellen polnischen Hochmuts als realpolitisch bedingt war, ist lesenswert. Die partiell minuziöse Darstellung der Zurücksetzungen, die die ukrainischen Alliierten erfuhren, ist eine wertvolle Ergänzung der Kriegsgeschichte der ersten Jahre nach dem Ersten Weltkrieg.

Die Hälfte der Druckseiten nehmen der Anmerkungsapparat und eine überaus umfangreiche und für sich genommen wertvolle Bibliographie ein. Daß darin Rudolf Marks Petljura-Dissertation, also eine nicht-hagiographische Darstellung, fehlt, ist bedauerlich. Man wird die Darstellungsteile über die ukrainische Seite nicht für etwas anderes als eine Zusammenstellung apologetischer Positionen halten können, der kritisch ausgewogene Teil über die polnischen politischen Maximen ist dagegen ein gerade für Leser westlicher Sprachen wertvolles Gegengewicht zur bisher vorliegenden Literatur.

Hamburg

Frank Golczewski

Ralph Schattkowsky: Deutschland und Polen von 1918/19 bis 1925. Deutsch-polnische Beziehungen zwischen Versailles und Locarno. (Europäische Hochschulschriften, Reihe III: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Bd. 619.) Verlag Peter Lang. Frankfurt/Main u. a. 1994. 361 S., DM 95,–.

In der Zeit vom Versailler Vertrag 1919 bis zum Locarno-Abkommen 1925 dominierte im deutsch-polnischen Verhältnis der Vollzug der Bestimmungen des Friedensvertrages, vor allem die Regelung der Grenzfragen und der daraus resultierenden Minderheitenprobleme. In dieser Phase entwickelten beide Seiten Konzeptionen, Orientierungen und Handlungsspielräume nach innen und außen, die ihre jeweilige Politik bis 1934 bzw. 1939 bestimmen sollten. Trotzdem fehlte bislang, sehen wir von Harald von Riekhoffs Monographie aus dem Jahre 1971 ab¹, eine gründliche Untersuchung anhand der deutschen Aktenbestände, während polnischerseits seit der Arbeit Jerzy Krasuskis aus dem Jahr 1962² eine nach drei Jahrzehnten revisionsbedürftige, seither durch eine Reihe von Einzeluntersuchungen ergänzte Gesamtdarstellung vorliegt. In der Tradition der Rostocker historischen Polonistik legt Ralph Schattkowsky mit dieser Arbeit – seine Habilitationsschrift aus dem Jahre 1993 – eine aktennahe Untersuchung der Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Polen vor, wie sie für die Folgezeit seit 1968 mit Maria Oertels leider nur als Dissertationsdruck verfügbarer Berliner Dissertation „Beiträge zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen in den Jahren 1925–1930“ zur Verfügung steht. Anders als Oertel konnte Schattkowsky ergänzend polnische Archivalien heranziehen, so daß er die Sicht der deutschen Akten durch die polnische Perspektive erweitert.

Sch. korrigiert überzeugend aus Quellen und Akten viele bisherige Forschungsmeinungen im Detail, darunter auch (S. 261) grundlegende Arbeiten wie Norbert Kreklers Untersuchung der Finanzierung der deutschen Minderheit³. Anhand der Akten verfolgt der Autor chronologisch den Gang der politischen Beziehungen zwischen beiden Staaten: Grenzziehung und Minderheitenproblem werden im Zusammenhang der internationalen Politik, also vor allem von Völkerbund, Interalliiierter Botschafterkonferenz und dem Vorfeld der Konferenz von Locarno, in allen bilateralen Facetten beleuchtet. Der Leser entdeckt viele bislang unbekannte Einzelheiten z. B. bezüglich der Beamtenabwanderung aus den 1920 an Polen gefallen Gebieten (S. 108 ff.).

Nach dem schnellen Scheitern der Hoffnungen des Oktobers 1918, in bilateralen Verhandlungen gegenüber Polen den deutschen Standpunkt durchsetzen zu können, verfestigte sich auf deutscher Seite das unbedingte Ziel der Erhaltung der „Ostmark“ bzw. der Revision des Friedensvertrags von Versailles, der alle zur Lösung anstehenden Probleme wie Abwanderung, Option und Staatsangehörigkeit – ohne Rücksicht auf die hier nicht thematisierten subjektiven Interessen der Minderheit – untergeordnet wurden. Die polnische Seite bestand dagegen auch aus innenpolitischen Gründen auf dem Status quo, auch wenn sie, etwa während der Ruhrbesetzung (S. 208–212), eher Ansätze einer Kompromißbereitschaft zeigte als ihr deutscher Konterpart, dessen Haltung sich letztendlich – auch gemessen an den eigenen langfristigen Interessen – als kontraproduktiv erwies (vgl. S. 204).

Sch. erschließt das gesamte Spektrum der bilateralen Beziehungen vor allem aus der deutschen Perspektive, läßt auch den „Abstimmungskampf“ (S. 48) oder die Oststaatspläne (S. 80) nicht aus. Er untermauert, im Urteil differenziert, die Instrumentalisierung der deutschen Minderheitenpolitik im Sinne des Revisionsinteresses, belegt z. B.,

¹ HARALD VON RIEKHOFF: German-polish relations 1918–1933, Baltimore, London 1971.

² JERZY KRASUSKI: Stosunki polsko-niemieckie 1919–1925 [Die deutsch-polnischen Beziehungen 1919–1925], Poznań 1962 (Stadium Niemcoznawcze, 3); nicht herangezogen hat der Vf. die Neubearbeitung (JERZY KRASUSKI: Polska i Niemcy. dzieje wzajemnych stosunków politycznych (do 1932 roku) [Polen und Deutschland. Die Geschichte der wechselseitigen Beziehungen bis 1932], Warszawa 1989.

³ NORBERT KREKELER: Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik der Weimarer Republik, Stuttgart 1973 (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 27).

daß der polnische Rechtsstandpunkt im Minderheitenstreit vor dem Völkerbund bezüglich der Auffassung der Rentengüter (S. 178) im zunächst beim Deutschen Reich verbliebenen Teil der Abtretungsgebiete im zweiten Halbjahr 1919, d. h. nach dem Stichtag des Waffenstillstands, begründet war. Der Zugang zum untersuchten Thema war bislang durch die Argumentation der offiziellen Politik der Weimarer Republik und die weit verbreitete deutsche Revisions- bzw. die polnische Antirevisionspropaganda gestellt.⁴ Er zeigt die Verstärkung der deutschen internationalen Propagandapolitik im Vorfeld der Konferenz von Locarno, als die britische Seite begann, Sympathien für die deutsche Haltung anzudeuten, während Polen die Gefahr wahrnahm, von den Westmächten isoliert zu werden.

Geringe Bedenken gegen einzelne Formulierungen wie „Machtergreifung des Faschismus in Deutschland“ (S. 9) oder „Krankheitsbild des Versailler Nachkriegssystems“ mindern den Wert dieser grundlegenden Arbeit nicht, auch wenn wir uns eine Präzisierung des ungenauen Territorialbegriffs „deutscher Osten“ (S. 24) gewünscht hätten, der, bei aktennahen Darstellungen schwer zu vermeiden, wie einige andere Termini offensichtlich der Sprache der Quellen entnommen ist. Ein Register hätte das Auffinden der zahlreichen Querverbindungen im Text erleichtert. Gründlich und detailliert erarbeitet Sch. die Entwicklungen und Fakten in den Beziehungen zwischen Polen und dem Deutschen Reich vom Kriegsende 1918 bis Locarno 1925, die – in der Folge der unreflektiert fortgesetzten zeitgenössischen Revisionspropaganda – bis in die jüngste Zeit die Parameter des Mißtrauens bestimmt haben. Die Forschung wird von dieser soliden und gründlichen diplomatie- und politikgeschichtlichen Untersuchung entscheidend profitieren.

Herne

Wolfgang Kessler

⁴ Ergänzend wäre hier PETER FISCHER: Die deutsche Publizistik als Faktor der deutsch-polnischen Beziehungen 1919–1939, Dortmund 1991 (Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund, 7), heranzuziehen.

Gerhard Doliesen: Die polnische Bauernpartei „Wyzwolenie“ in den Jahren 1918–1926. (Historische und landeskundliche Ostmitteleuropa-Studien, 15.) Verlag Herder-Institut. Marburg 1995. XI, 287 S., DM 62,—.

Diese Dissertation über das *Polskie Stronnictwo Ludowe (PSL)* „Wyzwolenie“ stellt die bisher einzige deutschsprachige Monographie über einen Teil der für die Geschichte Polens seit dem Ende des 19. Jhs. sehr bedeutsamen Bauernbewegung (*ruch ludowy*) dar. Das PSL Wyzwolenie entstand 1915 als Zusammenschluß verschiedener in Kongreßpolen unter den Bauern tätiger Organisationen, die die von Piłsudski vertretene „aktivistische“ Option polnischer Politik im Ersten Weltkrieg unterstützten. Auch nach 1918 blieben Ansehen und Einfluß Piłsudskis in dieser Partei sehr hoch. Im unabhängigen Polen war das radikalere PSL Wyzwolenie neben dem pragmatischeren PSL Piast unter der Führung von Wincenty Witos, das seinen Ursprung Ende des 19. Jhs. in Galizien hatte und hier auch in der II. Republik seine wichtigste politische Basis behielt, die zweite große Bauernpartei. Hinzu kam 1926 noch als dritte große Bauernpartei das *Stronnictwo Chłopskie*, das sich auf der Grundlage von Abspaltungen vom PSL Piast und vom PSL Wyzwolenie gebildet hatte. 1931 schlossen sich die drei großen Bauernparteien unter dem zunehmenden Druck des Sanacja-Regimes dann zum *Stronnictwo Ludowe* zusammen.

Trotz der besonders in den 60er und 70er Jahren recht intensiven Beschäftigung der polnischen Historiographie mit der Bauernbewegung lagen bisher sowohl für das PSL Piast für die Jahre 1914 bis 1926 wie auch für das PSL Wyzwolenie für die Zeit von 1918 bis 1931 keine Untersuchungen zur Parteiengeschichte vor. Diese Lücke ist nun teilwei-